Junge gruene

TERMINE

- **Mitgliederversammlungen:**
  20. Oktober ab 19:15 Uhr,
  Ort siehe www.grueneaargau.ch
- **DV Grüne Schweiz:**
  24. Oktober
- **Abstimmungen und Wahlen:**
  27. September
  18. Oktober (kantonale Wahlen)
  29. November (2. Wahlgang)
- **Wahlempfehlungen:**
  Liste 5, Grüne und Junge Grüne,
  in den Grossrat
  Christiane Guyer in den
  Regierungsrat
- **Grüner Stammtisch Baden:**
  Mi 9. September
  Mi 18. November
  jeweils um 19 Uhr in Baden,
  Details siehe
  gruene-bezirk-baden.ch

GROSSRATSWAHLEN 2020

MEHR FARBE GEGEN DIE KRISE

Mehr Farbe für den Aargau. Eine Forderung von den Jungen Grünen, die herausgetragen werden muss. Schweizweit ist der Aargau bekannt als Autobahnkanton und als einziger Kanton mit mehreren Atomkraftwerken. Doch dieser Ruf soll geändert werden. Der Aargau verdient eine Identität, welche uns Bewohner*innen repräsentiert und unserer Vielfältigkeit gerecht wird.

Sarah Vogelsanger und Melanie Holle, Junge Grüne Aargau ▸ *Mehr Farbe für den Aargau* steht für mehr Diversität, mehr Gleichberechtigung, Integration und Zusammenarbeit. Beginnen soll das in der politischen Führung, wo die Jungen Grünen eine realitätsgetreue Repräsentation im Grossrat sowie dringend im Regierungsrat fordern. Dass trotz 50% Frauenanteil in der Bevölkerung der Grosse Rat zu 70% aus Männern besteht, kann man nicht als stellvertretend für die Aargauer Bürgerinnen akzeptieren. Realitätsgetreu bedeutet auch, dass dem jüngeren Bevölkerungsanteil ein fester Platz in der Regierung gegeben werden soll. Die Zusammenarbeit von Jung und Alt in der Politik soll Vorbild für Geschäftsleitungen und Firmen sein, damit generationsübergreifende Arbeit überall gefördert wird.
Schweizweites Vorbild muss der Aargau auch im Bereich Integration werden. Dank unserem Ausländeranteil von 25% ist eine komplette Integration aller Kulturen im Aargau zwingend erforderlich. Multikulturalität und Gleichberechtigung sollen auf allen Ebenen empowered und bunt ausgelebt werden.
Mehr Farbe für den Aargau steht für mehr Klimaschutz, mehr Biodiversität und mehr natürlichen Lebensraum. Um unsere Klimaziele 2030 zu erreichen, fordern wir im Aargau Fortschritte im Bereich Erneuerbare Energien und weniger Strassenbau. Die Initiation eines Green New Deal soll dem Aargau nach COVID-19 zu einer grüneren und gerechteren Zukunft verhelfen. Unterstützen wir den natürlichen Weg, hinterfragen wir kritisch die gegenwärtige Praxis und kämpfen wir für die Stimmen, die nicht gehört werden!
Mit unserem Vertrauen in die Wissenschaft setzten wir Junge Grüne Ziele, die den Aargau ökologischer und lebenswerter machen, jetzt sowie in ferner Zukunft. Die Parole *Mehr Farbe für den Aargau* soll eine neue grüne Welle einleiten, denn die Zeit ist reif. Wähle im Oktober Junggrün! ■

IMPRESSUM
Der Grüne Rundbrief ist das Publikationsorgan der Grünen Aargau. Herausgeberin: Grüne Aargau
Design: fischerdesign.ch, Würenlingen
Druck: Effingermedien AG, Brugg
Cyclus Print, 100% Recyclingpapier. Die Produktion erfolgt klimaneutral und mit erneuerbarer Energie.
Fotos, wo nichts erwähnt: Grüne Aargau

P.P.
CH-5000 Aarau
DIE POST

SEPTEMBER – NR. 3 / 2020

RUNDBRIEF
DER GRÜNEN AARGAU

GRÜNE AARGAU

Titelbild: Grüne Aargau. Foto unten links: . Unten rechts: .

THEMA: NATIONALE UND KANTONALE ABSTIMMUNGEN

NEIN ZUM STEUERGESCHENK FÜR REICHE FAMILIEN, JA ZUM ENERGIEGESETZ UND ZUR NEUEN SCHULFÜHRUNG

Gertrud Häseli, Robert Obrist und Ruth Müri schaffen etwas Klarheit in der Abstimmungsflut vom 27. September. ▸ *Seiten 2-3*

Mehr Diversität, mehr Zusammenarbeit, mehr Klimaschutz: Sarah Vogelsanger und Melanie Holle über die Vision und die neue Wahlkampagne der Jungen Grünen Aargau. ▸ *Seite 4*

- **KLIMAPOSITIV BIS 2040:**
  Beteilige dich jetzt am Klimaplan der Grünen Schweiz!
  grueneaargau.ch/klimaplan
- **VERMEIDEN STATT BAUEN:**
  Christian Keller fordert Massnahmen zur Verkehrsvermeidung.
  grueneaargau.ch/vermeiden

MEHR LESENSWERTES UNTER

grueneaargau.ch
@gruene_aargau
@gruene_aargau
facebook.com/grueneaargau

Liebe Grüne und Sympathisant*innen

Es herrscht wieder einmal Verunsicherung. Aber erstmals eine Art Verunsicherung, von der nicht zwingend rechte Angstmacher profitieren.
Für einmal sind wir es, die die einfachste Antwort auf die Wirtschaftskrise haben: einen Green New Deal, ein grosses Investitionsprogramm für Photovoltaik, Windkraft, Wärmepumpen, schlaue Netze, CO_2-freie Verkehrsmittel, klimaschonende Landwirtschaftsformen und vieles mehr.
Ein Green New Deal könnte mehr neue Arbeitsplätze schaffen als jede andere Finanzspritze. Aber das müssen wir den Menschen auf der Strasse erzählen, und zwar besser heute als morgen. Sonst bleiben wohl viele daheim. Jedes Gespräch, jeder Leserbrief, jeder Social-Media-Post zählt. Packen wir diese Chance!

Euer Rundbrief-Redakteur
Daniel Ballmer

NATIONALE ABSTIMMUNG: STEUERGESCHENK AN REICHE FAMILIEN

NEIN ZU HÖHEREN KINDERABZÜGEN

Es gibt keine Argumente für das unsoziale Steuergeschenk für die reichsten Familien in der Höhe von 370 Millionen Franken pro Jahr. Gerade jetzt, wo der Bund Milliarden investieren muss, um Arbeitsplätze und Kleinunternehmen zu retten, sind Steuergeschenke für die Reichsten ebenso falsch wie schädlich.

Gertrud Häseli, Grossrätin ▸ Tatsächlich würden nur sechs Prozent der Schweizer Haushalte, nämlich jene Familien mit den höchsten Einkommen, wirklich etwas von diesem Steuerabzug haben.
Familien mit tiefen Einkommen profitieren bereits heute vom Kinderabzug. Mit dem vorgeschlagenen Gesetz kommen neu vor allem Topverdiener-Familien in den Genuss des Steuerabzugs. Ein unnötiges Steuergeschenk!

70% der Steuerersparnisse von 370 Millionen würden an Haushalte mit einem steuerbaren Einkommen von mindestens 100 000 Franken gehen. Das entspricht laut der Steuerverwaltung einem Bruttoeinkommen von mindestens 130 000 Franken. In diese Kategorie fallen gerade mal 22% der Familien mit unterstützungsberechtigten Kindern. Die übrigen 30% des Steuererlasses dürften sich die Familien des oberen Mittelstands teilen. Der Rest von uns geht leer aus, trägt aber die Folgen des Steuerausfalls: Wenn aufgrund des Steuerlochs in einem nächsten Schritt Prämienverbilligungen gestrichen und Kita-Tarife erhöht werden, sind Mittelstandsfamilien als erste betroffen.
Familien mit tiefen und mittleren Einkommen werden übergangen: Jene Familien, die dringend auf Entlastung angewiesen wären, haben nichts von dieser Vorlage. Fast die Hälfte der Familien mit unterstützungsberechtigten Kindern zahlen keine Bundessteuern, weil sie zu wenig verdienen. Sie können daher auch keine Abzüge machen.

Die Vorlage ist eine versteckte Herdprämie: Statt die familienexterne Kinderbetreuung und damit die Gleichstellung zu fördern, zementiert die Vorlage Rollenbilder von gestern. Die Abzüge sind so gestaltet, dass innerhalb der Topverdiener-Familien vor allem Alleinverdiener-Ehepaare profitieren.

Gute Familienpolitik geht anders: Wie zahlen wir die steigenden Krankenkassenprämien? Wo finden wir eine bezahlbare Wohnung? Gibt es noch freie Kita-Plätze? Diese Fragen beschäftigen die Familien. Wer wirksame Familienpolitik betreiben will, muss dort ansetzen und nicht teure Steuergeschenke machen. ■

PAROLEN AM 27. SEPTEMBER

- **2x JA** zur Abschaffung der Schulpflege
- **JA** zum kantonalen Energiegesetz, auch wenn es zu wenig weit geht
- **NEIN** zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
- **JA** zu zwei Wochen Vaterschaftsurlaub
- **NEIN** zur SVP-Initiative zur Kündigung der bilateralen Verträge
- **NEIN** zur missratenen Jagdgesetz-Revision
- **NEIN** zur Erhöhung der Steuerabzüge für Kinderdrittbetreuungskosten

KANTONALE ABSTIMMUNGEN: ABSCHAFFUNG DER SCHULPFLEGE

FÜHREN WIR UNSERE SCHULEN ENDLICH WIRKUNGSVOLL UND EFFIZIENT

Die Schulleitungen führen heute den ganzen operativen Bereich der Schule. Der Schulpflege verblieben nach Einführung der geleiteten Schule im Jahre 2006 die strategischen Entscheidungen. Neu soll der Gemeinderat neben der finanziellen auch die strategische Führung der Schule übernehmen.

Ruth Müri, Stadträtin Baden und Grossrätin ▸ Sämtliche politischen, strategischen und finanziellen Entscheide sind in Zukunft das Resultat einer ganzheitlichen Betrachtungsweise. So entfallen Doppelspurigkeiten oder gar Konflikte zwischen den Gremien, und der Verwaltungsaufwand wird reduziert. Das ursprüngliche Ziel der Einführung von Schulleitungen – einfache und direkte Wege in der Schulführung – wird erst durch die Aufhebung der Schulpflegen erreicht.
Die Schule wird neu zur direkten Aufgabe des Gemeinderats. Sie wird zukünftig mit der Gemeindeverwaltung durch kurze Wege verbunden sein, was erhebliche Vereinfachungen mit sich bringt. Bereits heute setzt sich der Gemeinderat für die Schule und für das Wohl der Schülerinnen und Schüler ein. Die Interessen der Schule können durch die Optimierung der Führungsstrukturen noch besser vertreten werden, da die Schule mehr Gewicht am Gemeinderatstisch bekommt. Der Gemeinderat wird sich mit Herzblut für die Schule vor Ort einsetzen, da sie ein wesentlicher Bestandteil des Gemeindelebens und ein wichtiger Standortfaktor ist.
Die Aufhebung der Schulpflege bedeutet keinen Demokratieverlust. An jeder Gemeindeversammlung, an jeder Einwohnerratssitzung können ganz direkt Fragen, Anliegen und Anträge zur Schule eingebracht werden.
Die neuen Führungsstrukturen vereinfachen die Entscheidungs- und Beschwerdewege, klärt die Kompetenzen und stärken so die Schule Aargau. Darum zweimal JA zu einer zeitgemässen Schulführung am 27. September 2020! ■

Ruth ist Mitglied des überparteilichen Komitees für eine zeitgemässe Schulführung. Mehr über das Komitee und seine Argumente erfahrt ihr unter www.zeitgemaesse-schulfuehrung-ja.ch.

KANTONALE ABSTIMMUNG: ENERGIEGESETZ-REVISION

JA ZUM KANTONALEN ENERGIEGESETZ!

Trotz intensiven Gesprächen mit anderen Fraktionen hatten unsere Anliegen in den Beratungen im Grossrat keine Chancen. Uns bleibt der Biss in den sauren Apfel, unsere Klimaschutzinitiative und die nächsten Wahlen.

Robert Obrist, Fraktionspräsident ▸ Die Aufgabenteilung in der Energiepolitik weist den Kantonen den Gebäudebereich als Schwerpunkt zu. In der Schweiz fallen über 40% des Energieverbrauchs in diesem Bereich an. Unser Hauptanliegen in den Beratungen zum kantonalen Energiegesetz war deshalb eine massive Aufstockung der finanziellen Mittel, um möglichst schnell mehr Gebäude zu sanieren. Jeder Franken, der hier vom Kanton investiert wird, löst einen zusätzlichen Bundesbeitrag von zwei Franken aus. Die Bewältigung der Klimakrise braucht entschlossenes und konsequentes Handeln!
Ganz anders verliefen die Beratungen zum Energiegesetz im Grossrat. Die Mitglieder der SVP, als weitaus grösste Fraktion, steckten grossmehrheitlich den Kopf in den Sand. Damit zeigen sie auch in der Klimapolitik, dass ihr Wahrnehmungshorizont auf die Sichtweite geschlossener Augen beschränkt bleibt. Die FDP und grosse Teile der CVP haben, und das ist wirklich tragisch, den Ernst der Lage nicht erkannt. Wenn nicht jetzt, wann dann soll eine breite Erneuerungswelle zur Sanierung der Gebäude starten?

Fazit: unsere Fraktion hat gut gekämpft, wir haben bis zum Schluss mit der Ablehnung des Gesetzes gedroht und dann doch ja gesagt. Eine Ablehnung hätte uns in der Energiepolitik in eine unerträgliche Partnerschaft mit der SVP gebracht. Wir sagen deshalb «Ja» zu einem Gesetz, welches zumindest in der Richtung stimmt, auch wenn die Schrittlänge und –frequenz nicht genügt. Wir brauchen dringend eine grössere Fraktion und eine grüne Regierungsrätin! Und der Klimaschutz braucht die Annahme unserer im Juni eingereichten Initiative. ■